



# EUROPA-AKTUELL

**Reimer Böge**

Mitglied des Europäischen Parlaments

Mai/Juni 2010



Liebe Leserinnen und Leser,

seit der Europawahl ist nun ein Jahr vergangen. Zeit um die vergangenen Monate Revue passieren zu lassen:

Mit der neuen Legislaturperiode sind viele **neue Gesichter** ins Europäische Parlament (EP) gekommen. So sind über 50 Prozent meiner aktuellen Kollegen neue Abgeordnete. Die CDU/CSU-Gruppe konnte erfreulicherweise ihre Stellung als größte deutsche und europäische Delegation behaupten. Ich bin weiterhin Mitglied des Haushaltsausschusses und der ständige **Berichterstatter für den Mehrjahresfinanzrahmen** sowie die Halbzeitbewertung des aktuellen Finanzrahmens. Daneben bin ich stellvertretendes Mitglied im Auswärtigen Ausschuss. Hier gilt mein Hauptaugenmerk den Modalitäten der Organisation des neuen Europäischen Auswärtigen Diensts und dessen Auswirkungen auf den europäischen Haushalt. Das bestimmende Thema der ersten Monate der neuen Wahlperiode war der **Lissabon-Vertrag**.

Mit seinem Inkrafttreten am 1. Dezember 2009 ergaben sich weitreichende Änderungen in Bezug auf die Arbeit der Europäischen Union im Allgemeinen und des EP im Speziellen. Besonders wichtig für das EP ist, dass unser Mitspracherecht bei EU-Entscheidungen ausgeweitet wurde. Dies gilt vor allem in den Bereichen der *Gemeinsamen Agrarpolitik*, *Justiz- und Innenpolitik* und der *Haushaltspolitik*. Das Parlament wird damit das letzte Wort über die Ausgaben der EU besitzen. Insgesamt wird die Anzahl der Europaabgeordneten auf 751 festgelegt.

Mit Inkrafttreten des Vertrags beginnt die Amtszeit des neuen **EU-Ratspräsidenten Herman Van Rompuy**. Der Belgier ist der erste hauptamtliche Ratspräsident. Bislang wechselten sich die EU-Staats- und Regierungschefs alle sechs Monate auf diesem Posten ab. Der Präsident wird vom Europäischen Rat für eine Amtszeit von zweieinhalb Jahren gewählt.

Ebenfalls neu: Am 01.12.2009 nahm die **Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik Catherine Ashton** ihre Arbeit auf. Seit dem 01.01.2010 leitet Ashton außerdem die monatlichen Sitzungen der Außenminister aus den 27 Mitgliedstaaten. In allen anderen Ministerräten bleibt es beim Rotationsprinzip. Damit die Hohe Vertreterin ihre im Vertrag festgelegten Aufgaben erfüllen kann, stützt sie sich auf den Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD). Hier gibt es derzeit noch zahlreiche offene Fragen, z.B. wie sich die Struktur des EAD und die Kooperation mit nationalen und Kommissionsdelegationen gestalten wird und wie die Gefahr von Doppelstrukturen beim EAD begrenzt wird. Für mich steht fest, dass die Transparenz des neuen Dienstes gewährleistet werden muss und dass Synergieeffekte mit den nationalen auswärtigen Diensten zu Kosteneinsparungen auf nationaler Ebene führen sollten.

Neu sind nach dem Vertrag von Lissabon auch die **Abstimmungsverfahren** im Rat. Nach einer Übergangszeit ist für eine qualifizierte Mehrheit im Rat der Europäischen Union zum einen erforderlich, dass mindestens 55 Prozent der Mitgliedstaaten einem Beschlussvorschlag zustimmen, wobei jedes Land eine Stimme hat. Des Weiteren müssen die zustimmenden Mitgliedstaaten insgesamt mindestens 65 Prozent der EU-Bevölkerung repräsentieren. Durch die qualifizierte Mehrheit im Rat sollen die Abstimmungsverfahren abgekürzt werden. Der Reformvertrag von Lissabon räumt den EU-Staaten erstmals ausdrücklich die Möglichkeit ein, aus der Gemeinschaft auszutreten. Umgekehrt können einem Mitgliedstaat, der grundlegende rechtsstaatliche Prinzipien verletzt, seine Stimmrechte im Ministerrat vorübergehend entzogen werden.

Nach mehrmonatigen Verhandlungen mit Kommissionspräsident Barroso fanden im Januar die **Anhörungen der designierten Kommissare** vor den Parlamentsausschüssen statt. Im Februar bestätigten die Abgeordneten das neue Kommissionskollegium. Gleichzeitig machte das EP von seinen durch Lissabon neu hinzugewonnenen Mitentscheidungskompetenzen Gebrauch und demonstrierte damit seine Unabhängigkeit von den anderen EU-Institutionen. So lehnte es im Februar aus datenschutzrechtlichen Bedenken das zuvor von den Mitgliedsstaaten im Ministerrat bewilligte **SWIFT-Abkommen** mit den USA zum Datenaustausch zur Terrorbekämpfung ab.

Außerdem verhinderte das Parlament im Mai 2010 die Genehmigung des für die Herstellung von **Klebefleisch** notwendigen Enzyms Thrombin und stellte sich somit gegen die Meinung der Kommission. Ihr Gesetzesvorschlag sah eine Genehmigung vor. Das Plenum wies in seiner Entschliebung auf die Gefahr der Verbrauchertäuschung und auf hygienische Bedenken hin. Generell ist Thrombin aber nicht gesundheitsschädlich. Die Mehrheit der Europaabgeordneten folgte damit dem Entschließungsantrag des Ausschusses für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit.

Viel Freude beim Lesen und vielen Dank für Ihre zahlreichen Anmerkungen!

Mit freundlichen Grüßen  
Ihr  
Reimer Böge

---

### **Ausgewählte Themen der letzten Plenartagungen in Straßburg/ Brüssel:**

#### **Einführung des Euro in Estland zum 1. Januar 2011**

Die EVP-Fraktion hat in der Plenarabstimmung in Straßburg weitestgehend für die Euro-Einführung in Estland zum 01. Januar 2011 gestimmt. Mit dieser Zustimmung unterstreicht die EVP-Fraktion die Einschätzung, dass die Entwicklung Estlands in den letzten Jahren beispielhaft war und die erforderlichen Kriterien für einen Beitritt zur Eurozone erfüllt. Gefordert wird von der EVP-Fraktion jedoch die Prüfung der übermittelten statistischen Daten durch eine unabhängige Stelle, wie die Europäische Statistikbehörde EUROSTAT. Die Aufnahme Estlands ist zum einen ein wichtiges Zeichen für die Erweiterungsfähigkeit der Eurozone und zusätzlich ein sinnvolles Signal an die Finanzmärkte zur Wiederherstellung des Vertrauens in die Gemeinschaftswährung Euro. Estland kann daher ein Beispiel für alle EU-Mitgliedsstaaten für solide Haushaltsführung und strik-

te Einhaltung der Defizitgrenzen dienen.



Bild 1: Abstimmung im Haushaltsausschuss. Von links: Monika Hohlmeier, Reimer Böge und der italienische Abgeordnete Giovanni Collino (Bild: EVP-Fraktion)

### **750 Milliarden Rettungsschirm für den Euro**

Am 19.05.2010 stellte sich der EU-Kommissar für Wirtschaft und Währung Olli Rehn im Plenum in Straßburg den kritischen Fragen der Europaabgeordneten. Thema war der vom Europäischen Rat beschlossene 750 Milliarden Rettungsschirm für den Euro.

Die deutschen CDU-Abgeordneten im EP kritisierten besonders die Rechtsgrundlage die für die Finanzhilfen gewählt wurde. Sie schließt eine Beteiligung des Parlaments aus und gefährdet die Gemeinschaftsmethode. Weiter kritisierten die Abgeordneten das Krisenmanagement von Kommission und spanischer Ratspräsidentschaft in der Eurokrise und das Fehlen konkreter Vorschläge für eine zukünftige europäische Finanzpolitik. Die Zusammenarbeit auf EU-Ebene der Mitgliedstaaten in Wirtschafts- und Finanzfragen ist nach Meinung der Abgeordneten längst überfällig.

### **Regulierung von Derivaten: mehr Transparenz, weniger Risiko**

Transparenz und strengere Regeln sind im Derivatehandel nötig, um Spekulationsgeschäfte zu reduzieren, so das Parlament in einer am 15.06.2010 angenommenen Resolution. Rein spekulative Geschäfte mit Rohstoffen und Agrarprodukten müssten unterbunden werden und es muss sichergestellt werden, dass so viele Derivate wie möglich durch Clearing-Stellen abgewickelt werden, die bestimmten Standards unterliegen. In der Resolution sind zahlreiche Vorschläge zur Regulierung des Handels mit Kreditderivaten, sog. Credit Default Swaps, einschließlich des Verbots von ihrem spekulativen Handel, enthalten. Weitere zentrale Elemente der EntschlieÙung sind die Standardisierung der Derivate, ein Transaktionsregister, der Aufbau von zentralen Gegenpartei-Clearingstellen, der Rückgriff auf organisierte Märkte sowie die Verbesserung der Marktintegrität und Marktaufsicht.

Werner Langen (CDU), Berichterstatter des Europäischen Parlaments, betonte in der Debatte, "dass wir bei der Regulierung schärfere Regeln brauchen". Man dürfe es nicht zulassen, dass jetzt, nachdem der erste Teil der Finanzmarktkrise einigermaßen bewältigt wurde und der zweite Teil der Finanzmarktkrise ansteht, "ein gewaltiger Markt mit dem zwölfwachen Volumen des Weltsozialproduktes unreguliert bleibt. Der Markt braucht Regeln, er muss streng reguliert werden".

Die Abgeordneten plädieren in der Resolution dafür, "die bisherige Auffassung, dass Derivate keiner weiteren Regulierung bedürfen, weil sie hauptsächlich von Fachleuten und Spezialisten gehandhabt werden", aufzugeben. Stattdessen bedürfe es strenger Regeln, um "gefährliche Risikoniveaus" zu verhindern, die durch unerfahrene Nutzer und Spekulanten errichtet würden. Der Gesetzesvorschlag solle zudem Regeln enthalten, die rein spekulative Geschäfte mit

Rohstoffen und Agrarprodukten unterbinden. Um Spekulationsgeschäfte zu reduzieren und eine größere Transparenz dieses Marktes zu erreichen, wäre ein Positionslimit für den Handel mit Agrarprodukten und mit bestimmten Rohstoffen, einschließlich Treibhausgaszertifikate, in Betracht zu ziehen, so die Abgeordneten.

Die Europäische Kommission wird im September einen Legislativvorschlag zum Derivatehandel vorlegen, mit dem sich dann das Europäische Parlament und der Europäische Rat auseinandersetzen werden.

### **Die öffentliche Debatte über die Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) hat begonnen**

Auf einer am 12. April freigeschalteten Internetseite kann die interessierte Öffentlichkeit bis Ende Juni 2010 ihre Vorstellungen über die Zukunft der europäischen Landwirtschaft nach Auslaufen der jetzigen EU-Finanzperiode (2013) darlegen. Nach den Vorstellungen des für Landwirtschaft zuständigen Kommissars Dacian Cioloș soll es zukünftig kein einheitliches europäisches Modell der Landwirtschaft mehr geben, um der Vielfalt der Landwirtschaft in den 27 Mitgliedstaaten besser Rechnung tragen zu können. Die öffentliche Diskussion soll sich um die folgenden vier Hauptthemen drehen:

- Wozu brauchen wir eine Gemeinsame Agrarpolitik der EU?
- Welche Ziele weist die Gesellschaft der Landwirtschaft in ihrer Vielfalt zu?
- Weshalb soll die GAP reformiert werden, und wie lässt sie sich an den Erwartungen der Gesellschaft ausrichten?
- Welche Instrumente benötigt die GAP von morgen?

Die erwarteten Beiträge werden von einer unabhängigen Einrichtung ausgewertet und die ersten Ergebnisse auf einer Konferenz am 19. Juli 2010 diskutiert. Für Ende 2010 ist dann eine Mitteilung über die Zukunft der GAP nach 2013 vorgesehen. Mit jährlich 56 Milliarden Euro Fördervolumen ist die Landwirtschaft der größte Posten im EU-Haushalt. Davon fließen 6 Milliarden Euro in deutsche Landwirtschaftsbetriebe.

### **Grundschulern soll Europa kindgerecht vermittelt werden**

Dafür sind jetzt in 2. Auflage Unterrichtsmaterialien erschienen, die aus 21 Arbeitsblättern und einem 16-seitigen Lehrerheft bestehen. Die Materialien „Entdeckt Europa – Europa in der Grundschule“ können fachübergreifend für Schüler der Grundschule und Orientierungsstufe im Alter von 6 bis 12 Jahren (1. bis 6. Klassenstufe) eingesetzt werden.

---

## **Pressemitteilungen:**

### **Europaparlament lehnt verpflichtende Einführung der Lebensmittelampel ab**

Am heutigen Mittwoch erteilte das Europäische Parlament in Straßburg in erster Lesung über die Verordnung zur Information der Verbraucher über Lebensmittel der Lebensmittelampel eine Absage. Das bereits von Teilen der Nahrungsmittelindustrie freiwillig verwendete Kennzeichnungssystem der Lebensmittelampel, welches den Fett-, Zucker- und Salzgehalt anhand der Farben rot, gelb und grün ausweist, war im ursprünglichen Vorschlag der Kommission nicht vorgesehen. Aufgrund seiner vermeintlich leichten Verständlichkeit für den Verbraucher war es jedoch wiederholt im Parlament diskutiert worden.

Auch wenn sie von vielen Verbraucherschutzorganisationen kampagnenmäßig gefordert wurde, so hat die Ampel doch schwerwiegende Mängel: die Grenzwerte zwischen den Kategorien einer wissenschaftlichen Fundierung. Weiterhin können Verbraucher verunsichert werden, da es kaum ein Produkt gibt, welches in allen Kategorien die gleiche Farbe erhält. Darüber hinaus wird kritisiert, dass das System Fertig- und Halbfertigprodukte gegenüber natürlichen Produkten und Grundnahrungsmitteln besser abschneiden, weil beispielsweise Cola-Light weniger Zucker enthält als Orangensaft.

Mit der Verordnung wird erstmals eine EU-weit einheitliche, umfassende Pflichtkennzeichnung für Lebensmittel eingeführt. Sie ersetzt die Vielzahl aktuell gültiger nationaler und gemeinschaftlicher Regelungen mit dem Ziel, dem Verbraucher mithilfe leicht erkennbarer, lesbarer und klarer Produktinformationen eine bewusste und gezielte Kaufentscheidung zu erleichtern. Darüber hinaus soll Unternehmen aus der Nahrungsmittelbranche, die bisher bei der Kennzeichnung ihrer Produkte verschiedenste Standards zu beachten hatten, Rechtssicherheit gegeben werden.

Die Richtlinie gilt bis auf einige Ausnahmen wie saisonale Produkte, Geschenk- und Kleinstverpackungen für alle verpackten Nahrungsmittel. Auf der Vorderseite der Verpackungen ist der Gehalt an Kilokalorien je 100 Gramm/Milliliter anzugeben, damit der Verbraucher bereits beim Einkauf Produkte unabhängig von der Packungsgröße auf ihren Energiegehalt hin vergleichen kann. Die Energieeinheit 'Joule' wird abgeschafft, da sie ohnehin nie akzeptiert wurde. Auf der Packungsrückseite wird eine Nährwerttabelle zusätzlich den Gehalt an Eiweiß, Kohlehydraten, Fetten, Salz und Mineralien oder Vitaminen auflisten. Anders als von der CDU/CSU-Gruppe gewünscht wird es außerdem das von der Industrie beworbene GDA-Modell geben, welches den prozentualen Anteil am Tagesbedarf einer durchschnittlichen Frau mittleren Alters nennt. Weitere Regelungen des abgestimmten Vorschlags betreffen die Kennzeichnung von Lebensmittelimitaten wie Analogkäse sowie Haftungsfragen.

Der schleswig-holsteinische CDU-Abgeordnete Reimer Böge zeigte sich insgesamt zufrieden mit dem Ergebnis der Abstimmung: "Die Verbraucher haben ein Recht auf eine transparente, klare und einfache Lebensmittelkennzeichnung." Böge zeigte sich froh über das Scheitern der Ampel, denn sie "vereinfacht zu stark und verleitet den Verbraucher dazu, nur noch 'grün' klassifizierte Produkte zu kaufen, was mittelfristig zu Erscheinungen von Mangelernährung führen kann." Er fordert stattdessen "mehr Erziehung zu ausgewogener Ernährung, die auch Lebensmittel beinhaltet, welche für sich gesehen einen zu hohen Gehalt an Fett, Zucker oder Salz haben."



Bild 2: Gespräch Reimer Böge mit Kommissionspräsident Barroso zum aktuellen Mehrjahresfinanzrahmen (Bild: EVP-Fraktion)

**Terminauswahl:**

07.-08.04.2010	Sitzung des Haushaltsausschusses, Brüssel
08.04.2010	Besuchergruppe des Lions Club Kiel, Brüssel
13.04.2010	Vorstandssitzung CDU/CSU-Gruppe, Brüssel
14.04.2010	Treffen mit Repräsentanten des Bundesverbands Verteilergemeinschaft, Brüssel
14.04.2010	Treffen mit Werner Schwarz (Präsident des Bauernverbands Schleswig-Holstein), Brüssel
19.-22.04.2010	Plenartagung des Europäischen Parlaments in Straßburg
19.04.2010	Vorstandssitzung CDU/CSU-Gruppe, Straßburg
20.04.2010	Termin mit Kommissar Oettinger zur europäischen Energiepolitik, Straßburg
20.04.2010	Gespräch mit Kommissar Hahn zur europäischen Regionalpolitik, Straßburg
21.04.2010	Treffen mit Parlamentspräsident Buzek und EVP-Fraktionsvorsitzenden Daul, Straßburg
21.04.2010	Gespräch mit offizieller Besuchergruppe aus Schleswig-Holstein, Straßburg
21.04.2010	Sitzung des Haushaltsausschusses mit Kommissar Lewandowski, Straßburg
28.04.2010	Treffen mit den Repräsentanten des finnischen Bauernverbands MTK, Brüssel
28.04.2010	Treffen mit dem Parlamentarischen Staatssekretär des Finanzministeriums Herrn Koschyk und Herrn Kranen (Referatsleiter BMF), Brüssel
29.04.2010	Treffen mit der Stiftung Naturschutz, Kiel
29.04.2010	Veranstaltung bei der Europa-Union Harrislee, Harrislee
29.04.2010	Schülergespräch im Zentrum der Beruflichen Schulen Norderstedt, Norderstedt
03.05.2010	Rede anlässlich des Jahrestreffens der Deutschen Reiterlichen Vereinigung, Bad Zwischenahn
05.05.2010	Gespräch mit Europaausschuss des thüringischen Landtags, Brüssel
06.05.2010	Gespräch mit schleswig-holsteinischen Zeitungsverlegern, Hanse-Office, Brüssel
06.05.2010	Arbeitsgruppe Landwirtschaft der Europäischen Volkspartei (EVP), Brüssel
07.05.2010	Planspiel in der Herderschule Rendsburg "Europas Klima wandeln", Rendsburg
09.05.2010	Europafrühstücken im Rahmen der Europa-Woche, Segeberg
10.05.2010	Treffen mit Generaldirektor Jouenjean (GD Haushalt), Brüssel
11.05.2010	Meinungsaustausch mit dem Europaausschuss des bayrischen Landtages, Brüssel
17.-20.05.2010	Plenartagung des Europäischen Parlaments in Straßburg
17.05.2010	Meinungsaustausch der CDU/CSU-Gruppe mit Prof. Udo di Fabio (Richter Bundesverfassungsgericht), Straßburg
19.05.2010	Gespräch mit dem baden-württembergischen Agrarminister Rudolf Köberle, Straßburg
25.05.2010	Gespräch mit Vertretern der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Kiel, Kiel
25.05.2010	Gespräch mit Dr. Biehl (Hauptgeschäftsführer der IHK Kiel), Kiel
01.06.2010	Gespräch mit den Mitgliedern des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages, Brüssel
01.06.2010	Treffen mit den Bezirksvorsitzenden des Bayerischen Bauernverbandes, Brüssel
03.06.2010	Treffen mit Dr. Rumpf (Vorsitzende der Agrarministerkonferenz) und CDU/CSU-Agrarpolitikern, Brüssel
09.06.2010	<b>Ausrichtung und Vorsitz einer Konferenz in Zusammenarbeit mit der RISE-Stiftung zur Zukunft der EU-Agrarpolitik nach 2013, Brüssel</b>
09.06.2010	Parlamentarischer Abend der IHK-Nord "Chancen in der Krise nutzen", Brüssel
11.06.2010	Schülergespräch Sophie-Scholl-Gymnasium Itzehoe (11. Klasse), Itzehoe
14.-17.06.2010	Plenartagung des Europäischen Parlaments in Straßburg
18.06.2010	Schülergespräch im Gymnasium Heide, Heide



Bild 3: Konferenz in Zusammenarbeit mit der RISE-Stiftung zur Zukunft der EU-Agrarpolitik (Bild: Büro Böge)



Bild 4: Den Vorsitz der Konferenz führte neben Reimer Böge der frühere Kabinettschef des Agrar-Kommissars Fischler, Herr Corrado Pirizio-Biroli. (Bild: Büro Böge)

Für weitere Informationen:  
<http://www.reimerboege.de>  
<http://www.epp-ed.eu/home/de/default.asp>  
<http://www.europarl.ep.ec/>

Impressum: Verantwortlich i.S.d.P. für diese Seiten: Peter Steven Tel: 00322/ 2845326 Fax: 00322/ 2849326 Email: <a href="mailto:reimer.boege@europarl.europa.eu">reimer.boege@europarl.europa.eu</a> Internet: <a href="http://www.reimerboege.de">http://www.reimerboege.de</a>
---